§ 71 Zulassung der Wahlbriefe

- (1) ¹Der Briefwahlvorstand öffnet die Wahlbriefe einzeln und entnimmt ihnen den Wahlschein und den Stimmzettelumschlag. ²Wenn der Wahlbrief keinen Anlass zu Bedenken gibt, wird auf dem Wahlschein in den hierfür eingedruckten Feldern ein Stimmabgabevermerk angebracht und dann der Stimmzettelumschlag ungeöffnet in die Briefwahlurne gelegt. ³Ist bei mit Gemeindewahlen verbundenen Landkreiswahlen eine Person nur für die Landkreiswahlen stimmberechtigt, wird dies auf dem betreffenden Stimmzettelumschlag vermerkt. ⁴Die Wahlscheine werden gesammelt.
- (2) Wahlbriefe sind zurückzuweisen, wenn
- 1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
- 2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beigefügt ist,
- 3. die Versicherung an Eides statt nicht unterschrieben ist,
- 4. dem Wahlbriefumschlag kein Stimmzettelumschlag beigefügt ist,
- 5. weder der Wahlbriefumschlag noch der Stimmzettelumschlag verschlossen ist,
- 6. der Wahlbriefumschlag mehrere Stimmzettelumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält,
- 7. kein amtlicher Stimmzettelumschlag benutzt worden ist,
- 8. ein oder mehrere Stimmzettel außerhalb des Stimmzettelumschlags liegen,
- 9. ein Stimmzettelumschlag benutzt worden ist, der ein besonderes Merkmal aufweist oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
- 10. der Wahlschein in einem Verzeichnis für ungültig erklärter Wahlscheine aufgeführt ist.
- (3) ¹Gibt ein Wahlbrief Anlass zu Bedenken, beschließt der Briefwahlvorstand über die Zulassung oder die Zurückweisung. ²Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind samt Inhalt auszusondern, mit einem Vermerk über den Zurückweisungsgrund zu versehen, wieder zu verschließen und fortlaufend zu nummerieren.
- (4) Wurde ein Wahlbrief zurückgewiesen, wird die einsendende Person nicht als wählende Person gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.